



Zugesetzung der R.P.D. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen
Beilage: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossen, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Postzettel für den Monat frei Haus 2 RM (halbjährlich 1 RM); durch die Post bezogen, außerlich 2 RM, jedoch Beitragsabgabe! Verlag: "Arbeiterstimme", Dresden-21, Geschäftsstelle und Expedition: 21/22 Bernhard-Gasse, Sonnennummer 17239; Poststempelamt Dresden Nr. 13533, Emil Schlegel, Postamt: Dresden-21, Güterbahnhofstr. 2/3; Bernhard-Amt Dresden Nr. 17239; Dienstpost: "Arbeiterstimme", Dresden / Sprechstunden der Chefredaktion: Woherdags nach 3-5 Uhr (außer Sonntagnachmittag). Abonnement: Die normal geplante Monatszeitung oder deren Raum 0,30 RM, für Familienangehörige 0,20 RM, für die Rundschau anliegend am den beigepflichteten Zeitungensteil 1,25 RM. Abonnement-Zahlung ist vorher bis 5 Uhr nachmittags in der Redaktion Dresden-21, Güterbahnhofstr. 2/3. Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / Im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Weiterleitung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Beitragspreises.

2. Jahrgang

Dresden, Montag den 22. Februar 1926

Nummer 44

Guthersabotage gegen Volksentscheid

Rundfunkpropaganda gegen die Fürstenenteignung

Berlin, 22. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Luther-Regierung versucht durch Rundfunk das Volksbegehren und den Volksentscheid zu sabotieren. Gestern waren noch der Ministerialrat Reisenberg im Rundfunk über das Thema: "Volksbegehren und Volksentscheid" und wachte im Schlusswort die Zuhörerchaft daran aufzurufen, daß es vollständig genüge, ihre ablehnende Stimmen durch Stimmabstaltung zum Ausdruck zu bringen, in einer solchen Falle sei das Volksbegehren der notwendigen 40 Millionen Stimmen bei starker Stimmabstaltung wahrscheinlich erschwert. Reisenberg schloß sein Referat mit, daß "noch keinen rechtlichen Ausführungen die verdeckten Hörer nicht von selbst sagen könnten, was sie tun hätten".

Die Regierung des Bürgerblöds versucht alles, um die Eteignung der Fürsten zu hinterreiben. Erstlich pe die Regierung weit hinausziehen, um durch die Verlangung des Kompromisses die Aktion zu durchkreuzen, so geht die Regierung zur offenen Wunde durch öffentliches Über. Die arbeitende Bevölkerung muß die verbreitete Kampagne die Absicht der Regierung zu machen. Überall müssen Einheitskomitees bestellt werden, welche die Propaganda, die Meinung und die Kontrolle der Lizenzen durchführen. Die Lizenzen müssen unterliegen. Während die Regierung die Gewerkschaftsunterstützung abgebauen gewollt, die Propaganda dafür, daß den Fürsten Millionen kommen werden. Keine republikanische Regierung darf es wagen, so für die Abwendung der Fürsten zu sorgen. Das Vorgehen der Luther-Regierung ist eine Verhöhnung der Arbeiter, der enteigneten Mittels der Arbeit und ihrer Rechte.

Heute vor wenigen Tagen ließ man bekanntmachen, daß geratenen Besitzer kleiner Kriegsaußenbezirke für je

100 gezeichnete Mark 15 Mark auszuzahlen erhalten können. Den Fürsten aber haben die Gerichte Aufwertungen von 700 bis 1400 Prozent zugestanden, und die Regierung arbeitet mit allen Mitteln, um das Gesindel auch in den Bezug der Summen zu bringen. Um so entweder werden die Arbeitenden ihren Kampf gegen die Räuber führen.

Protestkundgebung gegen die Luther-Sabotage

Wittenberge, 22. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag marschierten zur Protestkundgebung gegen die Luther-Sabotage im Volksentscheid 10 000 Arbeiter unter Führung der Kommunistischen Partei in Wittenberge auf, nachdem am Sonnabend ein Fasching der Roten Frontkämpfer vorausgegangen war. Die Polizisten der Umgebung waren unter Führung des Junglandbundes zusammengezogen worden, um eine Demonstration zu verhindern. Aber die Hakenkreuzgesellschaft vertrieb sie sich. Brandenburger Schuppenpolizei, die auf Lastautos herangezogen worden war, wurde nach gemeinsamem Besuch der Arbeiterschaft zurückgezogen. Die Rote Frontbehörde die Stadt.

Reinen Pfennig den Fürsten!

Der Demokratische Bauernbund für den Volksentscheid Berlin, 22. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Demokratische Bauernbund von Groß-Berlin, der unter dem Vorstoß des Abgeordneten Delius tagte, erklärte in einer Resolution, daß er dem Kompromisvertrag nicht zustimmen kann und er, wenn der demokratische Antrag nicht angenommen werde (die Demokraten haben ihn selbst zusätzlichen), die R.R.D. für den Volksentscheid auffordern müsse.

zum Diktator auszuufen. Hindenburg soll, so Hitler und Goebbels verkündet haben, Maßnahmen treffen werden.

Man droht in der Tat keinen Wahlrechtstaub mehr, wenn der Reichstag aller Rechte beraubt wird. Man kann sich mit der Republik abfinden, wenn sie mit Hindenburg an der Spitze den Bauern ihrem Willen mit. — Die beste Antwort gegen die unverschämten Ankläge sind 20 Millionen Stimmen gegen die Fürsten vom Volksentscheid.

Die Arbeiter sind einig gegen die Fürsten!

Die Tochterfirma des Firma A. M. Ettinger, Dresden, Abteilung Kartonagen, lancierte nach Vereinbarung der R.P.D. und S.P.D. Arbeiter auf gemeinsame Lizenzen Nr. 29,10 für die Durchführung des Volksentscheids.

Gesehen, macht's nach!

Kurzer Prozeß



Die französische Revolution führte den Volksentscheid im verdeckten Verfahren durch!

Mobilisiert alle Straßen!

Unter dem Druck der ungeheuren Massenbewegung, die für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten von der R.P.D. entfacht wurde, hat die Luther-Regierung Anfang der Woche die Erlaubnis des Volksbegehrten erteilt. In der Zeit vom 1. bis 17. März werden bei den Gemeindebehörden die Einzeichnungslisten aufliegen, die bereits diesen übergeben bzw. bei ihnen eingezogen sind. Nun gilt es, darüber zu lernen, daß jede Sabotage des Volksbegehrten abgewehrt und alle Werktägler in Stadt und Land für das Volksbegehrten mobilisiert werden. Überall ist nachzuprüfen, ob die Lizenzen aufliegen und die Gemeindebehörden, wie auch die Vorsteher der Gutsbezirke, ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachkommen. Jetzt gilt es, gegen den zu erwartenden Terror der Monarchie zu kämpfen. Auf dem flachen Lande wird das Volksbegehrten gleichzeitig zu einem schweren Kampfe gegen die Plattenregelungen mit der Großagrarier werden. Da immerhin dadurch mit einem Ausfall an Gütern zu rechnen ist, so erwähnt daraus für das Proletariat der Industriebezirke um so mehr die Pflicht, den besten Wähler und die leidende Käferin zur Einzeichnung in die Lizenzen zu veranlassen.

Die Einzeichnungstage bringen der Arbeiterschaft vielseitige organisatorische und politische Aufgaben.

Um in den industriellen Riesenbetrieben alle bis auf den letzten Mann zu erfassen, um aus den Wohnbezirken der Proletarier den letzten Werktagen zur Einzeichnung in die Lizenzen zu bringen, muß einheitlich und systematisch vorgegangen werden. Die Einheitskomitees, zusammengesetzt aus kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern, sind unentbehrlich, wenn wirlich ganze Arbeit gemacht werden soll.

Noch wichtiger sind die Einheitskomitees zur politischen Ausbildungsfertigkeit des werktätigen Volkes. Die Luther-Regierung kündigt an, daß sie alles einzehlen will, damit die entschädigungslose Enteignung abgeschafft wird. Danach ist zu erwarten, daß die bürgerliche Presse Schwund auf Schwund häutet, um die Bevölkerung zu verwirren. Man wird den Werktägern vorreden, daß doch die Parteien im Reichstag ein so schönes Gesetz gemacht hätten, daß Volksbegehrten und Volksentscheid unnötige Kraftentzweiung seien, man wird Lügen über die Haltung der Kommunistischen und Sozialdemokratischen Partei verbreiten. Die Saboteure werden ihre letzten Nüsse springen lassen. Damit die leider noch sehr zahlreichen Leser der bürgerlichen Presse nicht solchen Manövern zum Opfer fallen, damit auch die Schmerhaftigkeit des "Borwörts" keinen Schaden tritt, ist die politische Ausführungsarbeit der Einheitskomitees notwendig. Wenn nun kommunistische, sozialdemokratische und parteilose Arbeiter über alle austauschenden Fragen besprechen, so werden sie imstande sein, in jedem Falle den Arbeitstag einwandfrei festzulegen. Wenn dann der ganze Betrieb oder der Ort von diesem Einheitskomitee unterrichtet wird, wird keine Verwirrung entstehen können, und wenn Gefahren auftauchen, so sind die Einheitskomitees am ersten imstande, sie wirksam zu bekämpfen.

Der immer noch nicht erledigte Fall Landsberg ist ein Mußerspiel für die Notwendigkeit der Einheitskomitees. Landsberg hat im Rechtsausschuß des Reichstages gezeigt, daß der Volksentscheid vermieden werden könnte, wenn die bürgerlichen Parteien dem ursprünglichen demokratischen Antrag zustimmen. Gleichzeitig hat seine Gruppe mit den bürgerlichen Parteien Verhandlungen, nicht etwa im offiziellen Rechtsausschuß, sondern in besonderen Kommissionserhandlungen gepflogen. Anstatt nun die Aeußerungen Landsbergs zu beschuldigen, rechte der sozialdemokratische Abgeordnete Rosenfeld in der Donnerstagssitzung des Rechtsausschusses um die Tatsachen herum. Und die SPD-Presse töbt gegen die Kommunisten, weil sie die Tatsachen der Arbeiterschaft zur Kenntnis gebracht haben. In diesen und ähnlichen Fällen, die noch kommen mögen, ist die gegenseitige Verständigung der Arbeiter in und durch die Einheitskomitees notwendig, um die geschlossene, gemeinsame Front der Werktägler zu erhalten im Interesse des Sieges über die Fürsten.

Wir Kommunisten wissen, daß wir uns mit den ehrlichen sozialdemokratischen Arbeitern über alle im Verlauf des Kampfes gegen die Fürsten austauschenden Fragen verständigen können. In dieser Gewissheit werden wir bestärkt durch die Tatsache, daß sogar mehrere sozialdemokratische Zeitungen unseren Standpunkt über die Affäre Landsberg und Genossen teilen. Nachdem erst vor einigen Tagen die Blaue "Volkszeitung" gegen die Landsberg-Gruppe Stellung nahm, konnten wir gestern die "Chemnitzer Volksstimme" anführen, die offen ausspricht, daß die Taktik der Landsberg-Gruppe geeignet ist,

s Kändler
Freiberger Str.
Gefäße aus
Antiken Spatzen,
Leichtathletik
Sportfiguren
1 - Drogerie
Kaufhaus, 14
Bezugsquelle
1. Betriebszeitung
der Industrie
betont nur
nbiere
hrmann
- Lößnau
Dresdner
Bierbier
eranion
kursus beginnt
ab 1.7% Urf
die Regierung
nach dem Erste
erster Weltkrieg
ergetzt wurden
ntistisch Heldenau
manden
nach Lößnau
der Bierbier
et al. Lößnau
Song
Friedrich
Februar 1926
seck
nen
ergers
aufschaukel
Karussell
Anstalt
r & Sohn
chappel
decker Lößnau
Jahrmarkt
zur Belustigung
olds
- Karussell
troffen.
bietet
der Besitzer
In Freital!
es
fahrt
elchenburg
h bittet
der Besitzer
SLUB
Wir führen Wissen.

Bewirzung zu Hinter und die Kräfte des Angriffes zu föhren. Weil wir den Sieg des werktäglichen Volkes über das Füchtengelinde wollen, darum werden wir uns gegen alle Gefahren, die der proletarischen Einheitsfront drohen. Daraus fordern wir erneut und dringend zur Bildung von Einheitskomitees auf.

Zehn gilt es: Alle Kräfte der Werktäglichen für Volksbegehrten und Volksentscheid zusammengezahlt!

Die sächsischen Industriellen sind mit ihrem jungen Mann zufrieden

Der Finanzminister Reinhold hat bekanntlich in seiner Rede zur Regierungserklärung im Reichstag einen Abbau der Steuern für die Industrie angekündigt. Der Vorsitzende des Verbandes sächsischer Industrieller hat auch zu diesen Ausführungen Stellung genommen und seiner Sollten Zustimmung Ausdruck gegeben.

Die Telusion meldet dazu:

In der Gesamtvorstandssitzung vom 18. Februar 1926 bildeben die Ausführungen des Reichsfinanzministers in der Reichstagsitzung vom 10. u. 11. Februar den Gegenstand einer eingehenden Besprechung. Allgemein kam das Gefühl der Bestreitung darüber zum Ausdruck, daß die Gedankengänge, die von den Organisationen der Wirtschaft wegen der unvollständigen Entlastung der Produktion und der hieraus zu ziehenden gelebterischen Folgerungen immer dringlicher angestellt wurden, nun auch namens des Kabinetts durch den Reichsfinanzminister im ganzen wie auch im einzelnen aufgenommen und überzeugend vertreten worden sind. Mit Recht hat der Reichsfinanzminister dabei hervorgehoben, daß die Wirtschaftsteile zu einem wesentlichen Teil durch Übersteuerung verurteilt ist, daß die dauernde Hilfe für die Behebung der erschrockend großen Gewerkschaftsleistung ein gelund Wirtschaftspolitik ist, welche die Quellen der deutschen Wirtschaft nicht verschütten. Um dies zu verhindern, ist es nötig, der Wirtschaft endlich die unerlässliche Erleichterung vor den drückenden Steuern sofern möglich zu gewähren, und zu diesem Zweck die Ausgaben in Einklang mit den Einnahmen zu bringen. Amor bilden die vom Reichsfinanzminister zunächst vorgeschlagenen Erleichterungen erst den Anfang des wirtschaftlichen Entlastungsprogramms, und der Verband hofft insbesondere gewünscht, daß es möglich gewesen wäre, den Reichseinkommensteuer- und Körperstaatssteuerat der tatsächlichen Leistungsfähigkeit der außerordentlich geschwächten Wirtschaft mit sofortiger Wirkung anzupassen. Aber auch mit dieser Einschränkung enthält das Programm des Reichsfinanzministers so gelund und wirtschaftlich gedachte Ziele der Einnahmen- wie Ausgabenseite der großen öffentlichen Verbände, daß im Interesse der Wirtschaft nur zu wünschen ist, daß die Parteien des Reichstages, vor allem alle Verwaltungsbürohöfen in Reich, Staat und Gemeinden, wie überhaupt die gesamte Oeffentlichkeit dem Reichsfinanzminister in seinem zweifellos schwierigen, aber für die Gesundung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse dringend nötigen Tätigkeits ehrlich zukehren, um vor allen Dingen diesen bürokratischen Hemmnissen zu überwinden, die bei allen Reformversuchen derartige Sillen die schwierigsten sind. Der Verband wird jedenfalls leisehells alles tun, was geognat ist, dieses Programm des Reichsfinanzministers nicht leichtig eine Aufwendung bleiben, sondern zu einer wirklich befriedenden Tat werden zu lassen.

Von einer Hilfe für die Arbeiter war bekanntlich in der Rede Reinhards nichts enthalten, auch nicht von einer Steuerermäßigung für Lohn- und Gehaltsempfänger. Nach dem Ausweis über die Steuerauskommen liegen aber die Dinge im Dezember 1925 so, daß 83 Prozent der Einkommensteuer von den Arbeitern und nur 17 Prozent von den Befindenden aufgebracht wurden. Diesen sollen die Steuer nun noch mehr erlassen werden. Die Arbeiterschaft muß den Kampf um die Herabsetzung ihrer Steuern mit aller Energie beginnen.

Die Bestimmungen über Mietverlängerung zu viel bezahlter Lohnsteuer

Im Reichstag wurde am Sonnabend ein Gesetz zur Vereinfachung der Lohnsteuer angenommen, dessen wichtigste Bestimmungen über Zurückstellung zu viel bezahlter Lohnsteuer wir im folgenden wiedergeben:

Wenn eine Veranlagung für 1925 nicht erfolgt, sind Steuerbeträge, die vom Arbeitslohn einbehoben worden sind, auf Antrag zu erstatten, wenn:

1. infolge Verdienstausfalls der neuvertragte Lohnbetrag in Höhe von 800 Reichsmark berücksichtigt worden ist;
2. besondere wirtschaftliche Verhältnisse der im § 56 bezeichneten Art vorliegen, so weit sie nicht schon durch Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrags berücksichtigt worden sind.

Gift und Gas

Das chemische Kampfmittel ist getommen, um zu tödlichen und leichten Zweck zu erfüllen. Mit dieser Tatsache wird sich die Welt abfinden müssen. So ähnlich begründete die imperialistischen Räuber, Kriegsverbrecher und Heere ihr frevelhaften Beginnen, chemische Kampfmittel — deren Verwendung für laufende Proletarien sicherer Tod oder grausames Sterntum bedeutet — in den Dienst der Nation (sie Geldach) zu stellen. Jeden Teilnehmer am Bölfertmordmorden 1914–18 erfaßt heute nach Jahren noch das Grauen, wenn er an die entsetzlichen Wirkungen der Gasverwendung während des Krieges zurückdenkt. Unzählige Kriegsopfer fliehen tagtäglich den Verbrennern, die das unheimliche Gas, dessen Einatmen sie ein Leben lang lärmend Siedhums verdonnen, damals zur Anwendung brachten. Mit dem 22. April 1915 in Flaubern, als zum ersten Male mehrere hunderte deutsche Gasdämonen sich entluden und ihre graugrünen Schwaden (Chlorgas) gegen die feindlichen Stellungen spien, war ein neuer Wendepunkt in der modernen Kriegsführung eingetreten. Hierherzu gehörte die Chemie-industrie der einzigen kapitalistischen Staaten an der Erzeugung menschenvernichtender Gase und Gifte, um den Gegner mittels derselben in die Knie zu zwingen. Damals schien es, als hätte die deutsche Chemie-Industrie den Vogel abgeschossen. Gold und Blautzen, ihre Erzeugnisse richteten unter den feindlichen Truppen — mitunter auch unter den eigenen — gräßliche, verherrliche Wirkungen an. Erst vor wenigen Monaten erfuhr die Wölter aller Erdteile, daß schon im Jahre 1917 ein amerikanischer Chemiker der deutschen Chemie-Industrie durch Zusammenführung eines furchtbaren Gifftgases den Rang abgelaufen hatte.

"Locarno", ein nichtslogendes, aber inhaltschweres Wort, das zum ersten Male vor einigen Monaten in den Spalten der großen amerikanischen und europäischen Zeitungen aufflackerte. Man wußte damals über einen sensationellen Bantleibrauch zu berichten. Bei dem Versuch, die Panzerfeste einer Großbank in Chicago anzugreifen, wurden drei Einbrecher durch Gas getötet, das einer im Schloß der Kasse eingebauenen Metallplatte entströmte. Dieser Gifftgas war Lewis. Zwei Milligramm reichten aus, um drei Menschenleben auf der Stelle zu töten. Der Ersteller dieses Gifftgases, von dessen Existenz erst damals die breite Öffentlichkeit erfuhr, war der Chemiker Lewis. Professor an der Universität in New Orleans, der im Jahre 1917 die Zusammensetzung des furchtbaren Gases gefunden hat. Lewis mochte damals von seiner Entdeckung dem amerikanischen Kriegsminister Mitteilung. Später wurden in der Werkstatt des Professors täglich hunderte Kilogramm des menschenvernichtenden Gifftes hergestellt. Am Anfang des Jahres 1918 bezog Amer-

Dies gilt auch, wenn der Arbeitslohn nicht für einen bestimmten Zeitraum gezahlt worden ist und der Steuerabzug nach § 74 erfolgt ist.

Im Falle des § 74 I Nr. 1 ist einem Arbeitnehmer, der glaubhaft macht, daß bei ihm infolge Verdienstausfalls der neuvertragte Lohnbetrag nicht in Höhe von 800 Reichsmark berücksichtigt worden ist, auf Antrag für jede volle Woche des Verdienstausfalls.

a) wenn es sich um einen ledigen, kinderlos verheirateten oder verwitweten Arbeitnehmer handelt, ein Betrag von 2 M.

b) wenn es sich um einen verheirateten oder verwitweten Arbeitnehmer mit einem oder zwei minderjährigen Kindern handelt, ein Betrag von 2,50 M.

c) wenn es sich um einen verheirateten oder verwitweten Arbeitnehmer mit mehr als zwei minderjährigen Kindern handelt, ein Betrag von 3 Mark.

zu erstatten. Acht volle Stunden werden einem Tag, sechs volle Tage einer Woche, oder volle Wochen einem Monat gleichgestellt. Für den Familienstand ist der Stand am 10. Oktober 1925 maßgebend.

Die Anträge nach § 2 müssen spätestens bis zum 30. April 1926 eingereicht sein.

Als Nachweis des Verdienstausfalls kann im Falle der Krankheit eine Bescheinigung der Krankenkasse, im Falle der Erwerbslosigkeit, der Ausweiter oder des Streiks die Erwerbslosenkontrollstelle, eine Bescheinigung der Erwerbslosenfürsorge, eines Berufsverbandes oder des Arbeitgeberverbandes anerkannt werden.

Der zu erstattende Betrag darf die Höhe der einbehaltene Steuerabzugsbeträge nicht übersteigen; Jahresbeträge unter 4 Mark werden nicht erstattet.

Werbt Leser für die "Arbeiterstimme"!

Die Werbung für die

"Arbeiterstimme"

hat gestern begonnen. Am Donnerstag, Freitag und Samstag findet die Verteilung von Werbe-Exemplaren statt.

Kein Mitglied darf bei der Arbeit fehlen!

Friedensmiete am 1. Juli 1926

Die Bourgeoisie fürchtet die Massenbewegung der Mieter.

Der Steuerausgleich des Reichstages beriet am Sonnabend über den Antrag der SPD und SVD, die Heraushebung des Gelehrten Miete auf 100 Prozent der Friedensmiete, die nach dem Finanzausgleichsgesetz bis zum 1. April d. J. erfolgen sollte, bis zum 1. April 1927 herauszuhören.

Finanzminister Reinhold, der für seine Steuererleichterung an die Bevölkerung viel Geld braucht, wandte sich in äußerst scharfer Weise gegen diesen Antrag. Die Länder und Gemeinden brauchten dringend das Geld, das sich aus der Steigerung der Mietzinse erhält. Zahlen die Mieter nicht, so können auch das in Aussicht genommene Wohnungsbauprogramm nicht durchgeführt werden. Bedauernlich sei, daß Preußen und Sachsen die Mieten nicht bereits nahe an hundert Prozent herangebracht haben, so daß jetzt am 1. April die Miete um 10 Prozent der Friedensmiete herausgezogen werden müsse. — Die Vertreter der Länder, vor allen Dingen Preußen, aber auch Bayern, Hamburg und Sachsen, forderten in derselben Tonart unbedingt zum 1. April die hundertprozentige Miete.

Genosse Höllein zeigte, daß die Mietzinssteigerung wiederum vor allen Dingen das Proletariat beläuft und auch die kleinen Gewerbebetreibende außerlich schwer trifft. Verstärkung des Wohnungsnachbaues ist ohne Weiteres auch ohne erhebliche Einnahmen aus der Hauszinssteuer zu erreichen, da bisher über 70 Prozent der Hauszinssteuer von Ländern und Gemeinden zur Errichtung der Steuerzahler für die Bevölkerung und nur 25 Prozent zur Förderung des Wohnungsnachbaus verwendet werden.

Trotzdem noch einmal ein Vertreter des Breitenegesetz die rasche Angleichung der Mieten in Altwohnungen an die Mieten der neuerrichteten Wohnungen, also Verdoppelung der Friedensmiete gefordert hatte, zeigte es sich doch, daß die Bourgeoisie ein Mittel suchte, um den sich bildenden Kampftross der Mieter entgegen treten zu können. Ein Antrag wurde angenommen, nach dem die Erhöhung der geistlichen Miete auf 100 Prozent der Friedensmiete erst am 1. Juli 1926 in Kraft treten soll.

Hindenburg für Duelle

Hindenburg weigert sich, das vom Reichstag beschlossene Gesetz über das Militärstrafrecht zu unterschreiben, weil darin Bestimmungen gegen den Duellauflauf der Offiziere enthalten sind. Dennoch ganz ungünstige Verlust der Unterstellung der Offiziere unter das gemeinsame Recht in der ländlichen Frage eines Duells ist für Hindenburg und seine Leute ein Grund, von Hindenburg schaut kein Offizier, weil sie an ihren monarchistischen und militärischen Überherrschaften festhalten.

Das Einzelne Hindenburgs ist mehr als nur die Bekämpfung des Reichsstrafrechts des Reichspräsidenten, in einer Frage, die nur eine Frage der Einheit, der Form zu sein scheint. Das Einzelne Hindenburgs unterscheidet, daß die Offiziere der angeblich republikanischen Reichswehr dieselben geblieben sind, die sie unter Wilhelm waren; wie denn auch Göring im Reichstag als der Minister dieser sogenannten republikanischen Reichswehr sich bestig für das Duellrecht der Offiziersclique eingesetzt hat.

Weiter: das Einspruchsrecht des Reichspräsidenten wird zum erstenmal geltend gemacht und der Reichstag mit seinen beiden Regierungs-Reichsbanner-Parteien ist entschlossen, Hindenburg in seinem Einspruchsrecht durch den Antrag auf Heraushebung des Gesetzes um zwei Monate zu unterstützen, in einer Frage, die die wilhelminischen Offiziere der Republik in ihrem Dienst betrifft. Als es sich um die Unterzeichnung der Aufmerksamsgesetze handelt, durch die Hunderttausende der kleinen Sparern endgültig enteignet wurden, da hat, obwohl auch damals der Reichstag sich für eine Heraushebung der Verbindung der Gelehrten um 100 Prozent ausgesprochen hatte, Hindenburg ohne Jögern unterschrieben. Da handelt es sich nicht um Offiziere, sondern um die Später, um die Kriegsangehörigen.

Herzogliche Schieber

Einträchtiger Handel mit Adelspräfekten

In der Sitzung des Thüringischen Landtags vom 18. Februar wurde eine kommunistische Anfrage verhandelt, die die Auslieferung des gesamten Vermögens an den ehemaligen Herzog sofort nach Bekanntwerden des Urteils des Reichsgerichts behandelt. Da die Regierung es nicht für nötig gehalten hat, auch nur ein Vermögensverhältnis aufzustellen, ist es dem thüringischen Herzog gelungen, den wertvollen Silberhort und andere Kunstsäcke fortzuschaffen. Diese Angaben wurden vom Finanzminister Dr. v. Althüner bestätigt. In der Debatte fanden eigenartige Praktiken des Thüringer Herzogs aus der letzten Zeit zur Sprache. So hat der abgedankte Herzog als Privatmann noch lange nach seiner Abdankung an zwei Personen das Adelspräfektat für die zunde Summe von je 40.000 Mark, desgleichen im Verlauf der letzten Jahre verschiedene Orden verliehen. Selbst der demokratische Abgeordnete Professor Dr. Krüger, behauptete, der Finanzminister habe in der Führerabfindungsfrage eine Stellung eingenommen, die sich mit den Interessen des Landes nicht verträgt. Ein Antrag, auf das Gothaer Vermögen zurück zu legen, wurde dem Auschluß überwiesen.

Der Gothaer Herzog, der übrigens ein englischer Prinz ist und ebenfalls zur Verteidigung seiner Forderungen Paragraphen des Verfallter Vertrages angeführt hat, wird nicht versuchen, die letzten Reste des von ihm noch nicht ins Ausland verschobenen Vermögens in Sicherheit zu bringen. Das Thüringer Proletariat muß die sofortige Bekämpfungnahme erzwingen.

Reichsbanner-Rundgebung in Hamburg

In Hamburg veranstaltete das Reichsbanner eine Rundgebung zu seinem zweijährigen Bestehen. Aus den bisher vorliegenden Berichten ist noch nicht zu erkennen, ob das Reichsbanner überhaupt verhandelt, und wie es zu den schwedischen Tagesfragen Stellung genommen hat. Der "Borweler" berichtet zwar in über zwei Spalten von dieser Rundgebung, erzählt von großen Aufmärschen und einer Rede des Ministerpräsidenten Braun an die Reichsbannerleute. Von dem Kampf gegen die monarchistische Realisten, vom Volksentscheid ließ man kein Wort.

Wir werden auf die Tagung zutreffen, wenn weitere Berichte vorliegen.

Wie das "Berliner Tageblatt" mitteilt, wurden in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag drei Reichsbannerleute schwer mishandelt. Ein Trupp Böllscher wollte am Lübecker Tor eine Zeremonie abfeiern. Drei hinzukommende Reichsbannerleute vertilgten das zu verhindern. Dabei wurden sie von den 30 Böllschen schwer mishandelt.

Professor Lewis einige Milligramm Dewiess zu kaufen. Dieses Gas wurde mittels einer entsprechenden automatischen Vorrichtung zum Schutz des Soldatenkönig gegen Einbruchsgesetz verwendet. Als die amerikanischen Behörden von der Anwendung des Dewiess zu Privatzwecken erfuhrten, ließen sie die geringen Gewalttaten, die sich im Bereich der Großbank befanden, beschlagsnehmen. Professor Lewis verlor die strenge Auweitung, die Zusammenlegung des Giftables weiterhin als Kriegsgeheimnis zu bewahren. Interessant ist, daß Professor Lewis seit der Zeit von einer Reihe imperialistischer Staaten mit verdeckten Anträgen überhäutet wurde, Dewiess in Kriegszwecken in großen Mengen zu erzeugen.

Doch Dewiess nach dem Abschluß des Locarno-Kriegsvertrages ins Meer versenkt wurde, und zwar in tausend Menschen, die genugten, um 10 Millionen blühende Menschenleben zu vernichten, wissen bürgerliche Blätter zu berichten.

Ob auch das furchtbare Geheimnis des Professor Lewis verdeckt werden in kürzester Zeit giftige Gase hergestellt werden können, die austreten, um 20 Millionen Menschen und noch mehr zu töten, neben seinem Ereignis auf dem Meergrund liegt, wird wohlweislich verschwiegen.

Auch wird nicht verraten, in wieviel geheimen Laboratorien des amerikanischen und europäischen Kontinenten Niederlande gearbeitet wird, um neue, noch furchtbare Gifte als Dewiess herzustellen. Es ist schon ein offenes Geheimnis, daß der nächste Krieg ein Luft- und Gaskrieg sein wird, dem unzählige Millionen Proletarier zum Opfer fallen werden. Während des Massenbeschusses 1914–18 zeigten sich schon die katastrophalen Auswirkungen eines modernen Gasrieges. Wenn man bedenkt, daß damals chemische Erzeugnisse als Kampfmittel erst aus der Tonne gehoben wurden, und auch heute diese Kriegsindustrie trotz der schon erfundenen furchtbaren Gase noch in den Kinderbüchern steht, sind die Folgen des nächsten Kriegs überhaupt nicht auszudenken.

Sache des internationalen Klassenbewußten Proletariats wird es sein, durch frühzeitige Befestigung der beständigen Wirtschaftsverhältnisse die von den imperialistischen Räubern herwütigen herausbeschworene Katastrophe eines noch furchtbaren Massenmordes als 1914–18 zu verhindern.

Was falls zur Einheitsfront. Wer also die Idee des Arbeitersstandes als das herrschende Prinzip der Gesellschaft antritt, in dem Sinne, wie ich Ihnen dies entwidelt, der steht nicht einer Klasse der Gesellschaft spaltenden und trennenden Sache aus; der steht vielmehr einem Schrei der Erlösung, in dem alle einschlüpfen sollten, welche Besserung und Unterdrückung des Volkes durch privilegierte Stände nicht wollen.

Landeskulturrat und Kinderzuchtgesetz

Von Rudolf Rennet.

Die Veröffentlichung des Kinderzuchtgesetzes vom 19. Juli 1926 hat unter der ländlichen Kleinbauernschaft große Erregung hervorgerufen. Die nach dem Gesetz gebotene Bildung von Sonderausschüssen bedeutet nach den Darstellungen der Landesbauern-Deklegationen, die in der letzten Zeit im Landtag vertreten vorstehen, eine starke Belastung der kleinen Bauern. Die Bewegung der Kleinbauern zwingt sowohl die Regierung als auch die Parteien, einem zu dem Gesetz zu neigen. Die kommunistische Fraktion hat bei der Abstimmung in der von ihr offen anerkannten, nicht genügenden Ausprägung des Gesetzes dem Gesetz zugestimmt. Die deutschen Vertreter, deren führende Mitglieder gleichzeitig im Landtag organisiert sind, haben das Gesetz zwar abgelehnt, aber eine einzelne solche Begründungen gegeben, daß der Konservativen Partei nicht vollständig Vertraute annehmen müsse, um diese Gesetze doch den Interessen der Kleinbauern entsprechen zu lassen. Welentlich und von Bedeutung für die Entscheidung der Abstimmung oder Ablehnung des Gesetzes war die Haltung des Landeskulturrates, der im Jahre 1924 einen Sonderausschuss zur Beratung des Gesetzes beauftragte. Auf die Stellung des Landeskulturrates, der die obere Vertretung der Landwirtschaft in Sachsen darstellt (an seine Stelle ist jetzt die Landwirtschaftskammer getreten), berührte vor allem Dingen die Sphäre der deutsch-nationalen Fraktion. Über die Arbeiten des Ausschusses erhielt in einer Sitzung des Landeskulturrates vom Februar 1924 der Dekonomierat Kühne-St. Michaelis eine Auskunft. Aus diesem geht hervor, daß der Landeskulturrat der Annahme des Gesetzes absolut nicht entgegensteht, sondern er ist vor Anwendung des Gesetzes intensiv mitgearbeitet hat. Der Dekonomierat Kühne führt dort aus, daß das Gesetz dem Verteilungsprinzip der unzureichenden Entlohnung der Bullenhälter durch vertragendes Geduld und dem dadurch eintretenden Mangel an der Nutzung von Bullen zur Ausübung abstellen will. Auch auf "notwendigen Zwange" in der Durchführung des Gesetzes erklärte sich der Landeskulturrat vollständig einverstanden. Dekonomierat Kühne führte nach dem gedruckten Protokoll vom Februar 1924, Seite 72, folgendes aus:

"Dem Gesetz haftet naturgemäß der Mangel an, daß es eben in eine Zwangsmaßregel verleiht, weil der Zusammenspiel nicht mehr in der Handlung zu erfolgen muß. Der 7. Sonderausschuss und der handliche Ausdruck sind jedoch der Wunsch, doch gegen den zuständigen Standpunkt aus der Zukunft zu treten. Da die Erfahrung gelehrte hat, daß wir ohne zentrales Zentrum mit der Kinderzucht nichts so vorwärts kommen, wie es im Interesse der Landwirtschaft und der Allgemeinheit zu wünschen wäre."

Die einzigen Bedenken, die der Dekonomierat erhob, waren zu jenem Zeitpunkt zur Einführung des Gesetzes ja, der Beraterkonsortialist schlug dann dem Landeskulturrat im Namen des 7. Sonderausschusses eine Einschließung vor, die sich grundsätzlich mit dem Gesetz einverstanden erklärt, nur einige Abänderungen verlangt. Die Einschließung des Landeskulturrates, sie ist im Absatz auf Seite 72 der obenangeführten Alten bestätigt.

Der Landeskulturrat wollte beschließen, den folgenden Abstimmung eines Kinderzuchtgesetzes keine Zustimmung zu geben."

Erstmalig werden in der Einschließung härtere Überwachung der Kindergesundheit durch Beamte des Landeskulturrates. Die Annahme einiger vorgeschlagenen Änderungen, die Erhöhung von Kosten aus dem Staat und die Bestimmung des Interessens mit Zustimmung des Landeskulturrates. Von den angeführten Abänderungen ist für die Haltung des Landeskulturrates besonders bedeutsam ein Änderungsantrag, der § 2 des ehemaligen Vorlage, im § 26 des jetzigen Gesetzes. Es ist der ehemaligen Vorlage bestimmt, daß von der Justizbehörde zur Genossenschaft dekretiert werden können "Befehle, die einen angehörigen Bullen besiegen und deren Viehhaltung nach Art und Rasse die Nutzung eines eigenen Bullens verlangt". Hierzu schlug der Landeskulturrat vor, daß die Einführungbestimmung folgenden Wortlaut erhält:

"Der Justizbehörde zu einer Zwangsgemeinschaft sind Mitglieder einer vom Landeskulturrat angehörigen Herdbuchgemeinde dekretiert."

Dieser Vorschlag des Landeskulturrates bedeutet also eine neue Zentralisationsforderung, als wie sie im Gesetz selbst stand. In der Sitzung der Landeskulturrate hatte

der Berater die Anfrage, weshalb eine solche weitere Beschrän-

zung eintreten sollte, es habe dafür keinen Grund. Der Berichterstatter Dekonomierat Kühne erklärte:

"Der Sonderausschuss war der Ansicht, daß man nicht zu generosen Ausschüssen gehalten sollte, weil dadurch die Bauernschaften in ihrem Bestande gefährdet würden. Wir sollten diese Ausschüsse nur den Herdbuchhaltungsbüroen zu gestehen."

Auf den Antrag Dr. Beders, die alte Hoffnung wieder vorzuschlagen, erklärte der Berichterstatter:

"Das würde die Mängel nicht beseitigen, die die Errichtung durch den Gewerbeaufwand bestätigen soll."

Auch Dr. Schöne erklärte, er habe große Bedenken, dem Antrag Beters hinzugeben. Um Schlüß der Befredigungen erklärte noch Herr Reubert, der Vertreter des Erzgebirgischen Kreisvereins:

"Wir sind unserer früheren Staatsregierung, vor allen Dingen unserem ergebnisreichen Kreisverein zu sehr großem Dank verpflichtet, daß die Bauernschaften gegründet worden sind."

Ich stehe auf dem Standpunkte, je länger wir die Einschließung des Gesetzes gewartet werden, desto nachteiliger ist es für die Landwirtschaft."

Die Anträge des 7. Sonderausschusses wurden dann vom Landeskulturrat einstimmig angenommen. Der proklamatorische Bericht des Landeskulturrates zeigt also ganz deutlich, daß der Landeskulturrat nicht gegen, sondern für die Einführung des Gesetzes eintrat, daß er darüber hinaus für eine Verstärkung des Gesetzes war. Die kleinen und mittleren Bauern, die heute von dem Gesetz betroffen werden, haben die Fähigkeit, zuerst mit dieser ihrer Vertretung Abrechnung zu halten. Ich kann jedoch den Landtag nicht so weit gegangen, wie es der Landeskulturrat fordert, sondern hat der Landtag, wenn auch noch mit einer gewissen Einschränkung, die ersten Einführungsbestimmungen befreien lassen. Die Vertreter der Deutschnationalen Partei haben dann auch bei der Beratung nicht die Hände gegen das Gesetz gehabt, die damals angehören waren, das Gesetz abzulehnen. Es steht fest, nach den proklamatorischen festgelegten Verhandlungen des Landeskulturrates, daß dieser ausschließlich die Interessen der Großgrundbesitzer vertreten hat. Die deutsch-nationalen Vertreter sind aber in ständiger enger Züchtigung mit den Mitgliedern des Landeskulturrates. Das zeigt sich insbesondere dadurch, daß sie bei den Beratungen die Anträge des Landeskulturrates vertreten. Jetzt verfügen die Deutschnationalen, durch den Deut der kleinen Bauern gezwungen, die ihnen unbedingt vorherrschende Haltung des Landeskulturrates dadurch abzuschütteln, daß sie erklären, daß die Deutschnationalen Partei nichts mit dem Landeskulturrat zu tun habe. Die Bauern werden jedoch am besten wissen, inwieweit die Deutschnationalen Partei mit dem Landeskulturrat und dem Landtag verbunden ist. Die gesamte Klein- und Mittelbauernschaft muß aus dieser Haltung der Deutsch-nationalen und des Landeskulturrates die Lehren ziehen, daß sie mit dieser Gesellschaft brechen muß, denn für die Einführung des Gesetzes die Bauern drückenden Justizbehörde hat nach den oben von uns gemachten Feststellungen in einer Linie verantwortlich den Landtag, den Landeskulturrat und damit die deutsch-nationalen Vertreter des Großgrundbesitzes.

Der Kampf der Steinarbeiter in der Oberlausitz
(Von einem Arbeiterkorrespondenten.)

Der Kampf der Steinarbeiter in der Oberlausitz

(Von einem Arbeiterkorrespondenten.)

So ruhig es gegenwärtig in der Steinindustrie in der Oberlausitz zu sein scheint, um so heftiger wird in den Werkstätten um die beiderseitlichen Interessen zwischen Arbeitern und Unternehmern gekämpft. So oft immer haben die Unternehmer versucht, im Winter die Konjunktur für sich auszunutzen, und alle Erfolge, die sie für Arbeiter im Sommer erlangt haben, wieder zurück zu machen. Jeder Unternehmer ist mit allen Kräften bestrebt, keinen Verlust zu erlitten. Das ist nur auf Kosten der Arbeiter geschehen soll, darüber besteht wohl kein Zweifel. Es vergibt fast kein Tag, an dem nicht die Unternehmer mit irgendwelcher Forderung an die Arbeiter herantreten. Entweder wollen sie die Lohnzahlung auf längere Zeit gestoppt haben, oder aber sie versuchen die Lohnabrechnung bei leichtestem Geiste abzudringen zu machen, oder aber wollen sie neue und bessere Unternehmensbedingungen zur Einführung bringen. Das sind so viele täglich Wünsche. Mit solchen Einzelheiten verläßt

Kochbuch sich mit seinem Adjutanten im Korbwagen, die Gesichter waren damals rot, wie in einem Dampfbad. Kingsherum war es öde und leer.

"Wie weit liegen Sie von der Chaussee entfernt?"

Der Kubaner wußte mit der Peitsche noch rechts:

"Zehn bis fünfzehn Kilometer, hinter dem Walde."

"Führt da ein Weg von der Chaussee hin?"

"Zwölf!"

"Und keine Kisten zu sehen?"

"Keine Spur. Unsere Patrouille ist an die dreißig Kilometer vorangegeritten. — letzten Kisten hat sie gesieben. Die Leute in den Siedlungen erzählen, daß die Kisten sich lediglich Kilometer weiter an einem flüssigen verschanden."

Kochbuch Gesicht wurde plötzlich ruhig und wie immer gelb, als wenn es nicht kurz vorher hochrot gewesen wäre.

"Haltet den Kopf der Armee an, sie sollen den Weg, der von der Chaussee abführt, einschlagen und alle Regimenter, Flügel und den ganzen Zug an sich vorbeipassen lassen."

Der Kubaner neigte sich über den Sattelkopf und sogte vorsichtig, leise, damit es nicht wie Insubordination klinge:

"Es ist ein großer Umweg . . . die Leute halten sich kaum auf den Beinen . . . es ist heiß . . . die Menschen sind halb verhungert . . ."

Kochbuch Auglein rückten sich in die zitternde, glühende Erde, wurden faltig grau . . . Der dritte Tag schon . . . Die Gesichter sind eingefallen, faltig, hungriger Glanz leuchtet aus allen Augen. Den dritten Tag schon haben sie nichts gegessen. Die Berge sind überwunden, aber man muß so schnell wie möglich weitergehen, um aus dem öden Vorgebirge herauszukommen, die Siedlungen zu erreichen. Pferde und Menschen laufen zu machen. Und man muß eilen, um die Kisten zu verhindern, sich zu verschaffen, man darf keine Sekunde verlieren, man darf diese zehn, fünfzehn Kilometer Umweg nicht riskieren.

Er blickte in das junge, von Hunger und Kälte dunkle Gesicht des Kubaners. Kochbuch Augen leuchteten stahlhart auf — er sagte, die Worte durch die Zähne preßend:

"Die Vorhut soll von der Chaussee abbiegen und den Zug an sich vorzelaufen."

"Zu Befehl."

man eine Gruppe der Arbeiter gegen die andere auszuspielen und ihren Plänen gelöst zu machen. Die Unternehmer sind so politisch klar darüber, daß die Steinarbeiter infolge ihrer schlechten wirtschaftlichen Lage verloren werden, den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen aufzunehmen. Das wollen sie verhindern, deswegen soll die Arbeiterschaft mit all diesen kleinen Taktikien zerstreuen und gespalten werden. Die Unternehmer wissen, daß ihnen eine geschlossene und kompakte Arbeiterschaft gefährlich werden kann.

Der Konkurrenzgeist auf dem Abzugsmarkt zwinge die Unternehmer, von der Schlechterarbeit zur Herstellung von Qualitätswaren überzugehen. Das wird wiederum zu einer Verschlechterung in der Bezahlung der Arbeiter benötigt. Die Löhne, die bisher auf die Herstellung von Massenwaren abgestellt waren, sind selbstverständlich bei der Herstellung von Qualitätsarbeit nicht haltbar. Trotzdem ver suchen die Unternehmer, die schlechter Bezahlung bessere Arbeitsleistung zu erzielen. Das hat unter den Steinarbeitern eine beträchtliche Erregung hervorgerufen.

Für die Betriebsteile und Betriebsleute erwachsen deshalb in solchen Situationen erhebliche Aufgaben. Es gilt, schon jetzt zu rühen auf die fast unvermeidliche Ausmünnerung mit den Unternehmen. Die freien Angreife auf die Interessen des Arbeiters müssen abgeschlagen werden. Das ist jedoch nur möglich, wenn die Steinarbeiter fest und geschlossen in ihrer Organisation zusammenbleiben. Kein Steinarbeiter bleibt deshalb noch außerhalb der Gewerkschaft. Von der Organisationsleitung aber erwarten die Steinarbeiter inkräftige Unterstützung der Kollegen. Der Abschluß eines neuen Lohnvertrages muß den Steinarbeitern einen Lohn erbringen, der der Arbeitsleistung bei Qualitätsarbeit angepaßt ist und den Forderungen der Arbeiter Rechnung trägt. Die Steinarbeiter haben keine Lust, die Kosten für die Sanierung der Werke zu zahlen. Ihre Lösung wird sein: Gehaltssenkter Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen!

Gieg der APD. im Schuhmacherverband

Berlin, 20. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In der Jahreshauptversammlung der Schuhmacher am 17. Februar im Gewerkschaftshaus wurden nach ausgedehnter sachlicher Diskussion die 6 unbefriedigten Mitglieder der Ortsverwaltung (Betriebsrat und Jugendkommission), Mitglieder der APD, wieder gewählt.

Für Glasarbeiter gesperrt!

Schmölln. Wegen Ablehnung von Lohnreduzierungen ist die Hochglasfabrik der Hütte nach vorhergegangener Betriebsstilllegungsanzeige am 18. Februar auf die Straße gestellt worden. Vor Juzus wird gewarnt. Die Hütte gilt als gesperrt! Zentralverband der Glasarbeiter Schmölln.

Kleine politische Mitteilungen

Danziger polnisches Monopol. Zwischen der Danziger und polnischen Regierung werden Verhandlungen über verschiedene Monopolfragen geführt.

Bombenattentat in Katowitz. In ein Lokal in der Friedrichstraße in Katowitz wurde eine Bombe gelegt, die bei ihrer Explosion großen Schaden anrichtete.

Baltische Generalstabssitzungen. Wie jetzt bekannt wurde, sind im Dezember in Warschau eine Konferenz der Vertreter der Generalstaaten Estlands, Lettlands und Polens statt. Wie verlief, soll diese Konferenz den Reichstag gefehlt haben, ein Abkommen zwischen den baltischen Staaten und Polen in einer Form zu erzielen, die sowohl ein militärisch-politisches Bündnis bedeuten würde, was aber äußerlich einen harmlosen Charakter tragen sollte, so daß die anderen Staaten keinen Anlaß zum Einholen bekommen würden.

Frankösische Finanzen. Der Finanzausschuss des Senats in Paris beschloß eine Erhöhung der Tabaksteuer, die 800 Millionen mehr einbringen soll.

Belgisch-russische Anerkennungsverhandlungen. Die Verhandlungen über die Verhandlungen zur Anerkennung Russlands in Polen in vollem Gange. Am 28. Februar findet die erste Zusammenkunft der Delegierten statt. Auf Einladung werden Delegierte der belgischen Handelskammer nach Moskau fahren.

Der Kubaner rückte seine nasse Fellmütze auf dem Kopf zurück, verdeckte seinem unchuldigen Pferd einen Sack, daß es auf einmal munter wurde, auftanzte, sich umwendete und die Chaussee entlang galoppierte. Aber die Chaussee sah man nicht, man sah nur endlose Witze graue Stämme, die sich über die Bäume erhoben und in den Bergen verschwanden. Und man fühlte, wie in diesen wirbelnden Staubwolken laufende von hungrigen Menschen eingeschlagen.

Kochbuch Korbwagen, denen Holzstücke man nicht überbrücken konnte — so heiß waren sie —, kam ins Rollen und mit ihm das unerträgliche Klirren. Hinter dem Sitz stand ein Maschinengewehr herum.

Der Kubaner sprang durch eine Waldlichtung und gesangt wieder auf die Chaussee. Nur bleiche Umrisse waren in den Staubwolken zu erkennen, aber man hörte die erschöpften Menschen raschlos dahinturzeln.

Gewehr, Patronentaschen, sogar die elenden Hosen der Kleider lädt schwer wie Blei auf den Körpern. In den schmerzenden, blinzelnden Augen tanzen leuchtende Punkte — alles ist blendend weiß: Wimpern, Gesichter, Waffen, Rüden.

Man hört keine Stimmen, man hört sein Löchen — alles ist erfüllt vom schweren Schweigen, trotz des Knarrens und Rasselns der Wagen.

Die Köpfe der Kinder wackeln, matt schlämmen die Zähne.

"Tränen — Tränen . . ."

Ein stinkiger, weißlicher, alles bedeckender Nebel zieht über die Chaussee — glühend heiß —, vielleicht ist es auch kein Nebel, kein Staub mit schwachen Umrissen von Menschen und Tieren — vielleicht ist es die Verzweiflung, ohne Hoffen, ohne Gedanken — dem Unvermeidlichen zustrebend. Das, was die Reichen mit eiserner Kraft zusammengehalten hatte, als sie in den schmalen Spalt zwischen Berg und Meer einbogen, was die ganze Zeit über lautlos ihnen folgte — das drohte jetzt mit dem Ende:

Hungrig, barfuß, erschöpft, kaum bekleidet waren sie — die Sonne tat das übrige. Und vorn erwarteten sie Jäger, starke Rosentreppen, hohesfüllige Gentäte.

(Fortsetzung folgt.)

Der eiserne Strom

Roman aus der russischen Revolution 1917.

Von I. Storatinowitsch.

(41. Fortsetzung)

Und als dieses Lachen Kochbuch erreichte, wurde er rot, gelb, wie gegerbtes Schaffell; zum ersten Male während des ganzen Feldzuges sah man ihn erblassen.

"Was ist los?"

Der Adjutant unterdrückte nur mühsam das aufsteigende Lachen und sagte:

"Weil der Teufel . . . ich will sehen, warum sie lachen!"

Kochbuch ritt ihm die Peitsche und die Zügel aus der Hand, warf sich schwer in den Sattel und begann auf das Tier erhabungslos einzuhauen. Das abgemagerte Tier schrie langsam mit hängenden Ohren dahin, die Peitsche schlug ihm blutige Streiche. Endlich begann es zu tönen, — rings herum rollte das Lachen . . .

Kochbuch fühlte, daß seine Wangen zu zucken angingen, er preßte die Zähne zusammen. Endlich erreichte er die sich vor Seinen schüttende Abantgarde. Mit einem schweren Ruck hielt er auf das Grammophon ein.

"Kuh!"

Die Grammophonplatte knirschte und verstimmt. Und schwigen lief über die Reihen, löschte das Lachen aus. Und wieder herrschte nur das eine tausendsach gebrochene Rattern und Rascheln der Röder . . .

"Du lieben Löwen über Felsen faßten die Chaussee ein."

emand jagte:

"Der Paß!"

Die Chaussee begann sich spiralenförmig zu senken. Kochbuch sah mit seinen Augen in die zitternde, glühende Erde, wurden

Arbeitersport

Volksentscheid und Arbeitersportbewegung

Die „Freie Sportwoche“, das amtliche Organ des Deutschen Arbeiters-Turn- und Sportbundes, veröffentlicht folgenden Aufruf:

Bundesgenossinnen und Bundesgenossen! Die Arbeitersparteien Deutschlands haben bei der Reichsregierung beantragt, einen „Volksentscheid“ gegen die unerhörten Forderungen der ehemaligen Fürsten des deutschen Vaterlandes herbeizuführen. Die Arbeitersparteien haben sich auf einen gemeinsamen Kursus zum Volksentscheid geeinigt. — Das „Begehr“ zum Volksentscheid legt voran, daß wenigstens vier Millionen Wahlberechtigte durch Unterschrift die Forderung unterstützen. Das muß in Staat und Land geschehen, wenn die Fürsten dazu aussteigen. In einem offenen Befehnis muß man nicht nur jeden Republikaner aufmuntern, sondern, insbesondere in erster Linie alle Hand- und Kopfarbeiter und Arbeitersparteien, die sich zum sozialistischen Gedanken bekennen. Das sind auch wir Arbeiterturner und -sportler beiderlei Geschlechts über 20 Jahre. Um was es geht? Um hunderte Millionen Rubbeln, um riesige Werte an Gütern, Schätzen und Kunstwerken. Das verlangen die, die in der Zeit der Rot freiwillig ihren Tod verloren haben, die bei Nacht und Nebel dem deutschen Vaterland in schweren Stunden auf den Rücken gekrochen sind. Eine Raubzug auf die Taschen des arbeitenden Volkes bedeuten die Forderungen der Fürsten. Das Volk, das jetzt Jahren zu kämpfen hat und nach viele Jahre zu kämpfen haben wird, darf nicht bis aufs Heim ausgestoßen werden. Darauf Bundesgenossen und Genossinnen, seid bereit, wenn euch die Pflicht ruft!

Die Künstlinge der deutschen Turner

Die akademische Turnhandwache fand ihren wichtigsten Abschluß im Reichsklubmessen, das am 29. Januar in der Volksschule unter Leitung von Prof. T. Heinrich, dem bekannten Lehrer der Jugend, vereinigt wurde. Zahlreiche alte Herren und die große Zahl der Freunde, umrahmt von den Sozialisten der 48 Turnvereinsscorporationen aus dem ganzen Reich, Sachsen und Österreich, hatten sich in Erinnerung früherer Tage eingefunden. Ebenso geschickt war die Zahl der Ehrengäste, unter denen man bemerkte: Gouverneur a. D. Dr. Ed. Schmitz, Staatsminister a. D. Dominikus, Generalleutnant Dr. Hugo Bothe, Ministerialdirektor Daniels vom Reichssicherheitshauptamt des Innern, Ministerialrat Dr. Oettendorf v. Peutz, Kultusministerium, Reichsrat Prof. Dr. Dietrich Schäfer, Professor von der Deutschen Turnerschaft, Rektoren und Senatoren der Berliner Hochschulen, Vertreter des Reichsverwaltungsdirektors, des Reichs- und Marineministeriums, des preußischen Kultusministeriums. Außerdem hatten zahlreiche befreundete Korporationen und Verbände Vertreter entführt. Die Begrüßungsrede hielt Kanzler-Jug. Saur als Vorsitzender des A.T.S. Reichsconsul Dr. Pützer hatte sich nicht nehmen lassen, trotz seiner dienstlichen Verpflichtungen, wenn auch zu später Stunde, zu erscheinen, um dem Kommissar und dem A.T.S. seine Grüße zu überbringen und eine Zeile im Kreise seiner Bundeskameraden zu verlesen. (Aus dem Pressebericht der Deutschen Turnerschaft.)

Bayern muß es wissen

„Ab. Das Bayern das Land der unbegrenzten Möglichkeiten, darüber besteht kein Zweifel. Eine Altholz- und Tiefenbauwirtschaft im Münchner Raum endet mit dem Verlegen eines Kanals, bessere geistige Bekleidungen der Jugend gegen die Gefahren des Nationalismus vom Reich zu verlangen. In der Institution gab der Kadettenturner, Städteort Düsseldorf, eine hervorragende Blüte seiner Jugendbildungsgemeinschaft zum Beispiel. Er sprach die Anzahl aus, daß es für unsre Jugend eine große Gefahr gabe. Und nun hört und kommt: „Der Sport bitte für die Jugend eine weit größere Gefahr als der Altholz!“ Das ist – für mich – einfach verrückt. Wo mag der Herr Rat nur die Einwirkungen des Sports auf die Jugend bewirkt haben? Wenn der Herr Rat Vertreter der „Ritter vom Hohenkreuz“ ist, dann will uns das „Wo“ lebhaft denken und wir müssen dem Herrn Rat in Bezug auf den Sport der unterlandischen Verbände bestätigen. Es ist ihre Art, die Jugend, die in ihre Gangarmen gestellt, durch Kriegspolizei, Branden und Werdewaffen zu verbergen. Wie kann denn die Sportseite der Erziehungswissenschaften bayrischen Städteorts aus? Hindernislauf über Hestader Querbaum und Wagenreicheln, Schwimmschulen und Handgranatenwerfern. Dafür gibt es an Freien dauernd Pullover, Schnaps, sowie Zigaretten und Knöpfe. Das ist der Sport der Erzauferer, Tausendfüßer, bis nach dem Kriege schreien. Die Revolution hat uns die Anspielung gebracht.

Schärt nicht auch das „Schweine füllen“ und „Umlegen“ zu einer speziellen sportlichen Leistungsfähigkeit der Teutonen? Das Material liefern Sie uns selbst, um auch diese Behauptung beweisen zu können. Ein Dokument, das sich zu einem engen Kreis vertraulich-spezifischen Mitgliedern der von Staats wegen aufgelösten Turnerschaft der Deutschpolitischen Freiheitspartei Niedersachsens bestätigt es. Paragraph 8 des belogenen Dokumentes bestätigt:

„Wer unserer Bestrebungen widerhandelt, ist ein Schuft und für uns vogelfrei. Wir behalten uns vor, die Strafe, die von unserem Kreis festgesetzt wird, selbst zu vollziehen.“

Hu, hu, die Rente kommt!

Theater am Wasaplatz

Nur noch kurze Zeit täglich 8 Uhr

Mein Vetter Eduard

Die gute Geschichte in drei Akten von Paul Falckmann-Friedrich und Arthur Roberta
Spielzeitung: Adolf Rodeck.

Vorverkauf im Reka, Invalidenbank, Johannastraße 8, und Theaterregal.

Tymians Thalla- Theater

Volkstheater Dresdens

Vorzugskarten außer Sonntags gültig

Wie Schmidt Paul? genannt der Steife. Im Ellengarten, Ellengasse 25. Jeden Sonntag von 11 bis 1 Uhr. Freilichtopern-Konzert.

Die guten Sauwürstchen,
die guten Altdeutschen Würstchen,
die gute Knoblauchwurst
täglich frisch von 4 Uhr ab warm

Emil Paul, Fleischermeister, Pirna, Markt 14

Z E I S S
Punktal-Gläser



Otto Reuscher
Stadt. oppr. Optiker - Pirna - Pariserstr. 221
Lieferant sämtlicher Krankenhäuser

FRITZ KOSANKE
Uhren / Goldwaren / Optik
Solido Preise
Chemnitzer Platz 1 / Tel. 14 451

Konfirmanden-
Anzüge

blau und taupe

Paul Weiß, Pirna
32 Dohnaische Straße 32

Mit Arbeitersportler sind die stärksten Freunde dieses „deutschen Sports“. Die Auswürfte des Münchner Stadtrates prahlten damals vor uns auf die mit ihm gehörerwandten, weiterhin bilden Verbände aufzulösungsbedrohten.

Spield. und Sportabteilung Weilheim. Mittwoch, 24. Februar: Überwanderung. Treffpunkt 6 Uhr Freisinger Platz.

Sozialistische Jugendabteilung Planenbergs Grund. Dienstag, 22. Februar, fällt unter Abend aus. Dafür Dienstag,

2. März, 7.30 Uhr: Mitgliederversammlung in der Schillerhalle.

Wichtige Tagesordnung:

Verhandlungen mit dem Reichsbanner. Seit vielen Jahren führen Arbeitersportler mit den Reichsbannerführern inoffizielle Verhandlungen. Auf der Gauleiterkonferenz des Arbeiterschutzbundes „Soltisbar“ fand die Bildung einer offiziellen Verhandlung mit den Reichsbannerleitung über verschiedene Fragen an, die das Verhältnis der Arbeitersportorganisationen und des Reichsbanners betreffen. In den Arbeitersportstellen heißt man die Feststellung, daß die freundlichen Beziehungen in dem Reichsbanner auf Kosten und zum Kampf gegen den K.F.S. angegriffen werden.

Fußballsport vom Sonntag

1. Klasse

D.S.B. - Schönes Chemnitz 6:0 (2:0). Erste Halbzeit schönes Spiel, bei dem D.S.B. zu zwei Toren führte. Die Chemnitzer gaben sich die größte Mühe, scheiterten aber immer an der gewissen Arbeit des D.S.B.-Torwarts Roth. Letztlich wieder sehbares Spiel. Etwa 10 Minuten vor Schluss kam D.S.B. zu den weiteren vier Toren kommen.

Rummels - Weilheim 1:4 (1:2). Seine Mannschaften lieferten ein wirkliches Propagandispiel. Weg P. an Technik vorwurfs verließen die Einheimischen auch hier. Reichlich 300 Aufzuhauer sahen die Partie.

Reichsb. - Herdecke 2:0 (1:0). Der sozialen Fußbahnern zeigten beide Mannschaften ein letztes, aber noch so wenig technisches Spiel. Eine sehr hohe Runde löste der Herdecker Torwart durch die Hände ins Tor fallen. Das zweite Tor, ein Elfmeter, war bei einem Sammelur durch einen herben Herdecker torpediert.

Pöhlkoppel - Eintracht 4:1 (2:1). Eintracht spielte anfangs sehr leicht, etwas überlegen und erzielte das einzige Tor. Pöhlkoppel korrigierte das nur halbwegs das Resultat 2:1. Nach Wiederanfang hat Eintracht nichts mehr zu hoffen und verliert mit viel Glück 4:1.

Deuben - Helios 4:3 (2:1). Beide Mannschaften liegerten von Anfang an ein flottes, aber sogen. Spiel, das Deuben knapp, aber verdient gewann. Die Hintermannschaft von Helios versuchte durch tornerisches Spielen eine höhere Sicherung zu verhindern. Die Tochter verloren beide ein Tor, während der Schiedsrichter Jahr viele Winken offen hielt.

Cotta - Schrammendorf 3:0 (2:0). Ein Stoß- und Raupspiel. Von technischen Feinheiten war bezüglich wenig zu sehen. Cotta spielte kurz überlegen. Der Schiedsrichter Töter hielt jedoch und rettete seine Mannschaft vor einer höheren Niederlage.

Wittstock - Niemands 6:1 (5:1). Hartes und planloses Spiel beiderseits. Zwei Mann von Niemands wurden herausgestellt.

Sportfreunde 09 - Kötzschwabden 5:3 (3:3). Trotz des schlechten Wetters ein gutes Spiel, das alle Erfüllungen aufwies.

Ja-Nie: Radebeul - D.S.B. Riesa 2:3 (0:3).

2. Klasse

Birglitz - Süd 3:1 (3:0). Bis Halbzeit sehr flottes Spiel in der Birglitz deut. Tore erzielte. Nach Wiederaufnahme des Spiels von beiden Seiten an Höhe zu. Der aufgewühlte Boden ließ hohe Fußballsprünge nicht zu.

Kammern - Klein-Raudorf 1:6, 1883 - Radebeul 2:3 (0:0). Radsportspieler. Einzelne Tore von Klein-Raudorf.

Untere Plananlagen

Romeo Freiberg 2 - Stenennühle 1:2; Cotta 2 - Helios 2:3; Rämen 2 - Sturm 2:3; 1883 - Radebeul 2:2; Sportfreunde 09 - 2. Rähns 2:5; Schrammendorf 1:2; 4:3; Cotta 3 - Heidenau 1:10; Löbau 3 - Gittersee 3:2; Riesa 2 - Radebeul 1:8; Rämen 2:1; Radebeul 2 - Sörnewitz 2:2; Cotta 4 - Löbau 4:0; Löbau 3:2; Radebeul 2:2; 2. Rähns 2:4; Klein-Raudorf 2:2; D.S.B. 2:2; 2:4; Sportfreunde 09 - H.S. - Niemands 2:3; Riesa 2:1; Cotta 2 - Gittersee 2:1.

Jugend: Sportfreunde 1 - D.S.B. 1:1; Löbau 1 - Neukirch 1:2; Cotta 1 - Gittersee 1:4; Petzappel 2 - Pirna 2:1; Rämen 1 - Neu-Radebeul 1:10; Neukirch 2 - Cottbus 2:2; Sportfreunde 2 - Petzappel 2:10; Neukirch 2 - 2:1; Rämen 2:2; Cotta 2:1; Cotta 2:2; Cotta 2:2; Radebeul 2:1; Radebeul 1:1; Petzappel Radebeul - D.S.B. Radebeul 7:2; Klein-Raudorf 2:2; Radebeul 2:2; 2:1.

Sporthaus Wuttke Heidenau-Nord

jetzt Königstr. 23 — Gegenüber dem Postamt
Ausrüstung und Bekleidung für jeden Sport
Vereine verlangen Sonderangriffe

Herren-, Damen-, Kindergarderobe
In den neuesten Frakons und Stoffen
amplifit zu jeder Auswahl zu niedrigsten Preisen

G. Julius Röhligr, Neugersdorf
Anstreitung nach Maß solid & preiswert unter Garantie
Großes Herrenstofflager

Roniermandenstiel
Graue, Grünene und braune
Sohle, Web- und Weblose
mit Staub- und lachigen Gründen
Breite, spitz und halbrunde Formen
Feste, weiche und elastische
Reiche Auswahl / niedrige Preise

Schuhhaus Mütterlein
Pirna, Bahnhofstraße 28
Schuhmachereien
Samtige Reparaturen auf Wunsch in 1 Tag

Arbeiter!
Verkehrt nur bei
den Inserenten der
Arbeiterstimme!

Radeberger Pilsner
Felsenkeller Lager

liefer frei ins Haus

Paul Müller
Flaschenbierhdig.
Copitz

Telephon 622

Wissenswerte Resultate

Bezirk Chemnitz - Wacker 6:1; Borna - Jahn 12:2; Concordia - Weiß 2:7; Sturm Wittichenau - Höhne 1:1; Pinneberg 1:1; Sachsen - Freuden 5:1; Borsigwalde - Rostock 4:0; Meerane - Fortuna Zwickau 4:0; Eisenhütte - Gräfenhain 4:1; Lommatzsch - Ruhland 2:4; Lugau - Rapid 0:1; Die Chemnitzer 6:2; Görlitz-Eifel Soltau im Hinterwald 6:6.

Bezirk Leipzig - Weiß 20 - Schönau 1:1; Brauns-Modau 0:6; Bautzen - Gutsfeld 2:4; Lauterbach 0:4; Rauenzsch 4:1; Döß - Sächsisch-Wartburg 4:0; Torgau 2:1; Spornstein 21:6:0; Borsigwalde - Wurzen - Schönau 1:2; Weissenfels - Weiß 2:1; Hohenwitz - Ankersiedlung 2:1; Görlitz - Plauen 4:6; Bitterfeld 12 - Engelsdorf 0:2; Sachsen-Thellau - Weiß 2:1; Sonnenwitz - Knauthain 2:1; Görlitz - Plaue 0:4; Sportlust 0:7; Halle - Kleinmöditz 2:2.

Der diesjährige Reichsarbeitersporttag in Deutschland. Die Zentralkommission für Sport und Körperpflege hat beschlossen, den Reichsarbeitersporttag in Zukunft in der dritten Woche nach Ostern stattfinden zu lassen und es den Kartellen freizugeben, den zweiten oder 3. Sonntag nach Ostern als Haupttag zu wählen. Die Veranstaltung soll wohl weiterhin alljährlich stattfinden.

Gemeinsame Konferenz der A.G.P. und D.S.B. Das Präsidentium der A.G.P. Sportinternationale hat die Jugendarbeit vorgeklagt, im März d. J. eine Konferenz abzuhalten, auf der alle Fragen der internationalen jugendlichen Zusammenarbeit besprochen werden sollen.

Internationale Vogewettkämpfe in Riga. Am 20. und 21. Februar veranstaltet die lettische Athletik-Sektion des A.G.P. Arbeitersportvereins einen internationalen Vogewettkampf für alle Gewichte. Zur Teilnahme waren folgende Länder eingeladen, Belgien, Rußland, Norwegen, Polen, Finnland, Schweiz und Deutschland.

1. Schachturnier in Graudenz. Der hohe Rat für jugendliche Bildung hat im Mai d. J. zum erstenmal ein nationales Schachturnier durchzuführen.

Arbeiter-Sammler-Kasse Röhligr. Dienstag den 22. Februar, abends 8 Uhr, Übungsstunde im Betriebshof.

Kulturgewinnfest. Dienstag den 23. Februar im Restaurant Albertsgarten, Baugasse, Ecke Glacisstraße, Vortragsabend. Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin willkommen.

Berksammlungstafelender

Rathäuser Sprachkurs Neukölln fällt Dienstag vor Rathäuser Kursus Dienstag, 2. März.

Bitterfeld. Dienstag den 23. Februar, abends 6:30 Uhr im „Goldschlüssel“ Käfigprop-Sitzung. Betriebs- und Strukturgeschäftsleiter müssen daran teilnehmen. Das gefürwortete Material für Zeitungswettkampagne ist einzubringen. Vertreter vom A.G.P., Sport und Erwerbslosen sind ebenfalls verpflichtet, zu erscheinen.

A.G.P. Ostpreis. Dienstag den 23. Februar, abends 7:30 Uhr beim Großherren Böller Varieté-Vorführung.

Unterbezirk Ebersbach. Alle Genossen und Genossinnen werden hierdurch ermahnt, sich an dem Werkebendestest des Bezirks der Gruppen Ebersbacher Friedhof am Sonnabend, den 27. Februar in „Stadt Leipzig“ zu beteiligen. Beginn durch 7:30 Uhr. Die Vortragssitzung ist reichhaltig und besteht aus Reden und Reporten sowie vier Theatervorlagen. Das Ganze ist in revolutionärem Sinne gehalten und wird in allen Organisationen zu Werkebendestest benutzt werden können. Da die Ausmündungen bei Ausführern ziemlich hoch sind, wird mit umfassender Beteiligung der Teilnehmer an der Kasse 50 Pf.

A.G.P. Ortsgruppe Zittau. Dienstag den 23. Februar, abends 5 Uhr, „Stadt Zittau“ wichtige Mitgliederversammlung.